

Europas gesetzlose Union

Bericht vom Montag, den 15. Dezember 2025.

[Alex Krainer](#)

Am Freitag, dem 12. Dezember, überschritt die EU den juristischen Rubikon, um die russischen Vermögenswerte in Europa im Wert von 246 Milliarden US-Dollar auf unbestimmte Zeit einzufrieren. Nach dem bisherigen System wurden die Vermögenswerte nur vorübergehend eingefroren, und die Einfrierung musste alle sechs Monate verlängert werden, vorausgesetzt, alle EU-Mitgliedstaaten stimmten einstimmig zu. Bislang konnten sich alle EU-Mitgliedstaaten auf eine sechsmonatige Einfrierung einigen, dann auf weitere sechs und noch einmal sechs Monate... Doch nun, da der Ukraine rapide das Geld ausgeht und die akute Gefahr besteht, dass der Frieden die Geldströme versiegen lässt und zum Sturz der Regierung in Kiew führt, geraten die Eurokraten in Panik. Die Hohepriesterin „unserer Werte“ beschloss, den Block über den juristischen Rubikon zu führen und die besagten Vermögenswerte endgültig zu beschlagnahmen.



Der Schritt stieß auf Widerstand aus Belgien und auf Widerstand aus Ungarn und der neuen Regierung in Tschechien. Ohne Einstimmigkeit könnten Russlands Vermögenswerte freigegeben werden, was die EU in eine Sackgasse führen und die Regierung Selenskyj lahmlegen würde. Um dieses Problem zu umgehen, griff der Europarat auf Artikel 122 des EU-Vertrags zurück. Dieser erlaubt es ihm, in Krisenzeiten Notstandsmaßnahmen zu ergreifen und außergewöhnliche wirtschaftliche Maßnahmen zu ergreifen, ohne dass einstimmige Zustimmung erforderlich ist.

Doch dieser Schritt ist mit Risiken behaftet und wird mit Sicherheit eine Reihe von Konsequenzen und unbeabsichtigten Folgen nach sich ziehen. Schon die Anwendung von Artikel 122 ist fragwürdig und höchst umstritten. Der Artikel war für außergewöhnliche Notfälle wie Naturkatastrophen oder plötzliche Versorgungsengpässe gedacht. Ihn zu nutzen, um den Widerstand der Mitgliedstaaten gegen die Beschlagnahme russischer Vermögenswerte zu umgehen, läuft darauf hinaus, den Rechtsrahmen der Union auszuhebeln und Piraterie zu ermöglichen. Wenn so etwas durchgehen kann, ist alles möglich, und der Rechtsstaat verliert auf EU-Ebene jegliche Bedeutung.

Die EU ist ein Zusammenschluss souveräner, unabhängiger Staaten. Sie waren aufgrund des EU-Vertrags mit der Union verbunden. Wenn eine kleine Gruppe nicht gewählter Bürokraten die Vertragsartikel für ungültig erklären oder sie nach eigenem Ermessen im Sinne ihrer politischen Ziele auslegen kann, dann bricht die gesamte rechtliche Grundlage dieser Union zusammen und verliert jegliche Legitimität, sowohl in den Augen ihrer Mitgliedstaaten als auch in den Augen der Welt.

Die EU-Maßnahme bringt den Staatenbund in Konflikt mit der Trump-Administration und deren Bemühungen um einen [Friedensplan](#) für die Ukraine. Konkret sah Punkt 14 von Trumps 28-Punkte-Friedensplan die Freigabe der russischen Vermögenswerte und deren Überführung aus der europäischen Aufsicht vor. Trumps Plan war es, 100 Milliarden US-Dollar dieser Gelder als US-kontrolliertes Kapital für den Wiederaufbau der Ukraine bereitzustellen. Der Schritt der EU sabotiert Trumps Plan und damit jede Chance auf Frieden in naher Zukunft. De facto garantiert die EU-Maßnahme die Fortsetzung des Krieges in der Ukraine.

Verzweiflung und Panik

Warum riskieren die Eurokraten so leichtfertig die Legitimität und Lebensfähigkeit ihres eigenen Blocks, nur um die Regierung eines Nicht-Mitgliedstaates künstlich am Leben zu erhalten? Dieser Staat ist ein berüchtigtes Finanzgrab und eines der korruptesten Länder der Welt. Die Amtszeit seines Präsidenten ist seit über 18 Monaten abgelaufen, und er sieht sich nun einer aggressiven Korruptionsermittlung von erschreckendem Ausmaß gegenüber. Obendrein steht die Ukraine vor einer drohenden Niederlage im Krieg gegen Russland. Es ist surreal, dass die EU-Spitzen nun riskieren, ihr eigenes Haus für eine verlorene Sache zu zerstören.

Das alles riecht nach purer Verzweiflung, die aus einer blinden, obsessiven Fixierung auf das Projekt Ukraine resultiert – letztlich zum Nachteil der EU-Mitgliedstaaten und ihrer Bevölkerung. Während die Fassade der Legitimität bröckelt, hat dies in den meisten EU-Mitgliedstaaten hitzige Debatten über die EU-Assoziierung ausgelöst und liefert politischen

Gruppierungen, die ihre Souveränität zurückgewinnen und ihre Bindung an die Union lockern oder sie gar ganz verlassen wollen, neue Argumente. Es ist schwer vorstellbar, wie dieser Trend umgekehrt werden könnte, insbesondere angesichts der fast schon offenen Feindseligkeit der Trump-Administration. Wie wir in der kürzlich vorgestellten [Nationalen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten](#) (NSS25) gesehen haben, übten die USA scharfe Kritik an der EU.

Die Trump-Regierung befindet sich im Konflikt mit europäischen Politikern, die unrealistische Erwartungen an den Krieg in instabilen Minderheitsregierungen hegen, von denen viele grundlegende demokratische Prinzipien mit Füßen treten, um die Opposition zu unterdrücken. Eine große europäische Mehrheit wünscht sich Frieden, doch dieser Wunsch findet keine Umsetzung in die Politik, vor allem aufgrund der Untergrabung demokratischer Prozesse durch diese Regierungen.

Die Nationale Sicherheitsstrategie 25 (NSS25) bekräftigt zudem die ausdrückliche Unterstützung der Trump-Regierung für die Souveränitätsbewegungen in einzelnen europäischen Staaten:

Die amerikanische Diplomatie sollte sich weiterhin für echte Demokratie, Meinungsfreiheit und die uneingeschränkte Würdigung des individuellen Charakters und der Geschichte europäischer Nationen einsetzen. Amerika ermutigt seine politischen Verbündeten in Europa, diese Erneuerung des Geistes zu fördern, und der wachsende Einfluss patriotischer europäischer Parteien gibt Anlass zu großem Optimismus. Unser Ziel sollte es sein, Europa dabei zu helfen, seinen gegenwärtigen Kurs zu korrigieren. ... Wir wollen mit verbündeten Ländern zusammenarbeiten, die ihre frühere Größe wiedererlangen wollen.

Wer hat eigentlich die Fäden in der Hand?

Der Kurs der EU scheint von einer Handvoll nicht gewählter Apparatschiks um EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bestimmt zu werden, die allesamt eindringlich vor ihrem aktuellen Vorgehen gewarnt wurden. Die Warnungen kamen von der US-Regierung, aber auch von der Europäischen Zentralbank, von Euroclear, wo der Großteil der Vermögenswerte verwahrt wird, und von mehreren europäischen Regierungen. Dass sie trotz all dieser Warnungen weitermachen, wirft die Frage auf: Wer bestimmt die eigentliche Agenda und mit welchen Zielen?

Wir können nur spekulieren, wer das sein könnte, aber wir können mit Sicherheit sagen, wer es nicht ist: Es ist der Großteil der eigentlichen Wähler der Europäischen Union. Ich vermute, dass die Fäden letztlich zu den Geldverleiher-Oligarchien in London, Paris, Frankfurt und Stockholm sowie ihren Komplizen an der Wall Street führen. Hinter den Kulissen der politischen Institutionen der EU brodelt der Skandal um die eingefrorenen russischen Vermögenswerte. Er ist das Ergebnis der Angst der Oligarchen, ihr Schneeballsystem könnte bald zusammenbrechen.

Sie haben alles auf das Projekt Ukraine gesetzt und verloren. Die russischen Vermögenswerte könnten die letzten Sicherheiten sein, mit denen sie das System noch eine Weile aufrechterhalten können. Ohne sie müssen sie womöglich neue Lockdowns inszenieren oder gar den Dritten Weltkrieg auslösen, falls es ihnen gelingt, einen überzeugenden False-Flag-Anschlag zu inszenieren, um den Kampfgeist der Bevölkerung zu mobilisieren.